

Aus Bund und Ländern

## Neue Entwürfe für ein Transplantationsgesetz

BONN. Organentnahmen sollen nur nach vorheriger persönlicher Einwilligung des Spenders möglich sein. Das sieht ein gemeinsamer Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen und Tod 90 SPD-Abgeordneten vor, der Mitte Januar in Bonn eingebracht wurde. Diese Vorlage stimmt in wesentlichen Punkten mit einem Antrag überein, der von Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig sowie 35 weiteren Unions- und FDP-Abgeordneten vorgestellt worden war. Auch nach diesem Antrag ist der Hirntod nicht als Tod des Menschen zu definieren, sondern nur als Entnahmekriterium für eine Organtransplantation anzuerkennen. Die Organentnahme soll nur dann erlaubt sein, wenn der Betroffene ausdrücklich zugestimmt hat. Kli

## AOK kündigt Vertrag

BONN. Mit Wirkung von Ende 1997 hat der Bundesverband der Ortskrankenkassen die im September 1994 von den Spitzenverbänden der Krankenkassen und der Deutschen Krankenkassengesellschaft e. V. abgeschlossene „Vereinbarung über eine Rahmenempfehlung zur Sicherung der Qualität der Krankenhausleistungen bei Fallpauschalen und Sonderentgelten“ gekündigt. Der Geschäftsführer des AOK-Bundesverbandes, Dr. jur. Hans Jürgen Ahrens, begründet das Vorgehen damit, daß die bisherige Auswertungskonzeption mangelhaft sei und ein zuverlässiger Überblick über die Qualität der Leistungserbringung im Krankenhaus nicht gewährleistet werde.

Der AOK-Verband erklärte, er könne die knappen finanziellen Mittel nur für Zwecke einsetzen, die die Wirtschaftlichkeit und Qua-

lität der Leistungserbringung wirksam sicherten und verbesserten. In der Rahmenempfehlung, die ohne Beteiligung der Ärzteschaft zustande kam (der Verband der Leitenden Krankenhausärzte war 1994 beratend für die DKG tätig), seien auch keine praktischen Handhaben dafür zu erkennen, Konsequenzen aus festgestellten Leistungsmängeln zu ziehen. Verbesserungsbedürftig sei

In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird sich im Rahmen der dritten Stufe der Gesundheitsreform einiges ändern. Die Versicherten sollen jedoch weiterhin in medizinisch notwendigem Umfang versorgt werden. Was notwendig ist, wo die Patienten zahlen müssen oder wie hoch die Beitragssätze im Verlauf des Jahres ausfallen werden, hängt vom Ausgang der Verhandlungen ab, die zwischen Gesundheitsminister, Kassen und Ärzten geführt werden, um die GKV langfristig zu sanieren. Fest steht zur Zeit, für welche Kassenleistungen die Versicherten ab Anfang 1997 wieviel aus eigener Tasche zu zahlen müssen, denn zum Jahreswechsel ist das Beitragserleichterungsgesetz in Kraft getreten.

Ausland

## BSE: Scharfe Kritik an EU-Kommission

BRÜSSEL. Das Europaparlament hat die EU-Kommission wegen ihres Umgangs mit der Rinderseuche BSE scharf kritisiert. Das geht aus dem vorläufigen Bericht des BSE-Untersuchungsausschusses hervor. Die Kommission habe die Gefahren für die menschliche Gesundheit heruntergespielt, um einen Zusammenbruch des Rindfleischmarktes zu vermeiden. Zudem soll sie nicht alle Möglichkeiten ge-

auch die „einschränkende“ Offenlegung von Daten gegenüber den Lenkungsgruppen zur Qualitätssicherung. Vorrangig sei es, das Verfahren zu konsolidieren, statt dieses auszuweiten. Zudem müßten die Kosten des Verfahrens aus den Verwaltungsausgaben der Krankenkassen und der Verbände ausgegliedert und in die Leistungsausgaben übergeführt werden, so Ahrens. HC

und Industrie seien. Unterdessen hat die EU-Kommission eine Ausschreibung zur Erforschung von BSE und anderen übertragbaren Hirnerkrankungen veröffentlicht. Für das Projekt sind 8,8 Millionen Ecu vorgesehen. Vorschläge können bis zum 14. Februar eingereicht werden. afp/SG

## Frankreich: Kinder durch Hormontherapie mit CJD infiziert

PARIS. In Frankreich sind bislang 40 Kinder an einer durch Wachstumshormone hervorgerufenen Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung gestorben. Weltweit wurden 90 solcher Fälle registriert.

Die Kinder, die an Wachstumsstörungen oder Zwergwuchs litten, waren mit Hormonen behandelt worden, die aus der Hirnanhangsdrüse Verstorbener gewonnen wurden. Obwohl die Risiken des Präparats seit Mai 1985 bekannt waren, wurde es noch bis 1986 verwendet. In Frankreich hatten sich Mitte der 80er Jahre mehr als 1 000 Kinder einer solchen Behandlung unterzogen. Wie viele von ihnen noch erkranken werden, läßt sich nicht vorhersagen. Inzwischen sind gegen fünf Ärzte sowie gegen den verantwortlichen Apotheker in der zentralen Arzneimittelvergabe der Pariser Krankenhäuser, die die Präparate vertrieben hatte, gerichtliche Verfahren eingeleitet worden.

In Deutschland sind bislang keine Fälle einer durch Hormonbehandlung hervorgerufenen Creutzfeldt-Jakob-Krankheit bekannt geworden. Wie das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte mitteilte, werden in der Bundesrepublik seit 1989 zur Wachstumsförderung bei Kindern nur noch gentechnologisch hergestellte Hormone verwendet. Die Pharmaindustrie verzichte seither freiwillig darauf, die Hormone von Verstorbenen zu verarbeiten. afp/HK

Patienten-Zuzahlungen 1997	
bei Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	
Arzneimittel	4/6/8 DM je nach Packungsgröße
Krankenhausbehandlung	West: 12 DM, Ost: 9 DM pro Kalendertag (max. 14 Tage)
Kuren*	West: 25 DM, Ost: 20 DM pro Kurtag
Fahrtkosten	20 DM pro Krankentransport
Heilmittel	10% der Kosten
Zahnersatz	100% für nach 1978 Geborene 40% für Ältere**
Brillengestell	100%

\* Ausnahmen: Anschlußreha und Mütterkuren  
\*\* bei regelmäßiger Vorsorge

© imu 96 12 117 Quelle: BMG

nutzt haben, um in Großbritannien die Einhaltung der vereinbarten Maßnahmen zur Eindämmung von BSE zu überprüfen.

Als Konsequenz forderte das Europa-Parlament eine Umorganisation der EU-Kommission. Es müsse sichergestellt werden, daß die für den Gesundheitsschutz zuständigen Stellen nicht länger „dem Druck der Agrarlobby ausgesetzt sind“. Dazu soll eine eigene Direktion für Gesundheitsschutz oder ein Europäisches Gesundheitsamt geschaffen werden, die unabhängig von Interessenvertretern der Landwirtschaft